



Anerkennung und Wertschätzung?

DPoIG: Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bleibt Dauerthema

Von Thomas Jungfer, Landesvorsitzender

Bereits Anfang Juni dieses Jahres hat der Landesvorstand der **DPoIG Hamburg** Bündnis 90/Die Grünen mit der Bitte angeschrieben, sich für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage einzusetzen. Nachdem uns bis Ende Juli immer noch keine Antwort erreichte, gab es von mir eine telefonische Nachfrage beim Sekretariat der Hamburger Grünen. Dort

wurde ich mit den Worten getröstet, es „sei Corona und es werde viel im Homeoffice gearbeitet“. Aha ... interessant. Letztendlich wurde dann doch am 26. August per

Was ich aber nicht verstehen kann ist, wenn man Briefe erst nach knapp zwei Monaten beantwortet. Ich bin mir nicht sicher, ob ich überhaupt eine Antwort erhalten hätte, hätte ich nicht nachgefragt! Die **DPoIG Hamburg** setzt sich bereits seit Jahren für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ein.

Auf Bundesebene hat Bündnis 90/Die Grünen bereits einen Antrag im Bundestag gestellt, die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig zu gestalten und die Forderungen der **DPoIG Hamburg** im Wesentlichen mit aufgenommen.

„... es ist mir wichtig, dass unsere Beamt*innen einen Ausgleich für ihre besondere Arbeitssituation erhalten und umfassend versorgt sind – auch, wenn sie in Pension gehen.“

So heißt es im ersten Absatz des Antwortschreibens.

Ja bitte, Frau Imhof, dann tun sie was dafür! Denn die von ihnen genannte Erhöhung der Erschwerniszulage für die besonders belastenden Dienstzeiten, auf der im letzten Absatz des Antwortschreibens eingegangen wird, ist ebenfalls kein Bestandteil der Pension.



Thomas Jungfer

Ganz im Gegenteil – wenn kein Schichtdienst mehr geleistet wird, dann fallen diese Zulagen natürlich weg. Die besondere Belastung, die man nach vielen Jahren des Schichtdienstes aber erlitten hat, bleibt. Die Polizeizulage ist keine Anerkennung der Lebensleistung, sondern ein viel zu geringer finanzieller Betrag, der die täglichen Gefahren, verletzt, beleidigt oder bespuckt zu werden, „abmildern“ soll. Ein traumatisches Erlebnis wird nicht automatisch nach der Pensionierung verschwinden. Auch kein Geld der Welt kann eine posttraumatische Belastungsstörung heilen. Aber die Wertschätzung, die man mit der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage erreichen kann, hätte schon etwas Hilfreiches. Meine Kolleginnen und Kollegen würden sich sicherlich mit mir zusammen freuen, wenn nicht nur grüne Wohlfühl- und Lifestylethemen von Bündnis 90/Die Grünen vorangetrieben werden, sondern sich die gesamte Partei wesentlich mehr für – ja auch – ihre Polizei interessieren und der Polizei Hamburg mehr Respekt, Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen würde.

Die **DPoIG Hamburg** wird niemals aufhören, „dicke Bretter zu bohren“, und steht immer für Gespräche bereit. ■



E-Mail auf mein Schreiben von der innenpolitischen Sprecherin der Bürgerchaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sina Imhof, geantwortet (siehe hierzu „POLIZEISPIEGEL“ Oktober/2021). Dass sich die Grünen offensichtlich nicht gerne mit polizeilichen Themen auseinandersetzen, ist ja allgemein bekannt. Das sie offenbar auch ein Problem mit der mitgliederstärksten Hamburger Polizeigewerkschaft und deren Vorsitzenden haben, rührt mich ein wenig. Denn ich hätte mich auch sehr über ein begleitendes persönliches Gespräch zu diesem Thema gefreut.

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow, Heiko Vale-
rius, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





Endlich: Polizeivollzug wird mit Gaswarngeräten ausgestattet

Von Ronald Helmer,
stellvertretender Landesvorsitzender

Bereits im POLIZEISPIEGEL März 2019 thematisierte die **DPoIG Hamburg** die Gefahren für die Einsatzkräfte bei Einsätzen im Zusammenhang mit Kohlenmonoxid (CO). Wir forderten Innensenator Andy Grote (SPD) nachdrücklich auf, den Primärvollzug mit CO-Mess- und Warngeräten auszustatten und so die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen. Anlässlich von Einsatzlagen im Dezember 2019 und September 2021, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatzgeschehen durch Kohlenmonoxid verletzt wurden, erneuerte die **DPoIG Hamburg** ihre Forderung gegenüber Politik und Polizeiführung nach einer persönlichen Ausstattung im Primärvollzug.

Denn nicht immer – wie zum Beispiel bei Suiziden mittels Einweggrill oder Einsätzen in Shisha-Bars – ist mit dem Vorhandensein des geschmack-, geruchs- und farblosen Kohlenmonoxids zu rechnen. Defekte Heizungsthermen in der Nachbarwohnung können ebenfalls Ursache für eine hohe Kohlenmonoxidkonzentration am Einsatzort sein, denn das Gas hat die Eigenschaft, durch Wände hindurchzudringen, – zu diffundieren. Bei dem Einsatz im September dieses Jah-

res, bei dem die Wohnungsinhaberin aufgrund der vermutlich defekten Heizungstherme in ihrer Wohnung verstarb, bewahrte nur das zur Standardausrüstung der Hamburger Feuerwehr gehörende Gaswarngerät der miteingesetzten RTW-Besatzung die Einsatzkräfte vor schwereren Verletzungen. Kolleginnen und Kollegen im Primärvollzug beschafften sich zum Teil selber Gaswarn- und Messgeräte, um der im schlimmsten Fall tödlichen Gefahr einer Vergiftung zu entgehen. Angebote gibt es auf dem Markt in einer Preisspanne von unter 20 bis zu über 1.000 Euro genug. Aller-

dings sind an die Verlässlichkeit der Mess- und Warngeräte einige Bedingungen verknüpft, unter denen Hersteller die Garantie übernehmen. So sind unter anderem regelmäßige Wartungsintervalle einzuhalten und die Geräte täglich (!) einem Funktionstest zu unterziehen. Verlässliche Geräte sind ab einem mittleren dreistelligen Betrag zu erwerben und die erforderlichen Wartungsintervalle verursachen laufende Kosten, die bisher von den Kolleginnen und Kollegen getragen werden mussten.

Nicht zuletzt durch den jüngsten Einsatz vor wenigen Wochen wurde die Gefahr einer unbemerkten Vergif-

tung durch Kohlenmonoxid in der Polizeiführung endlich erkannt und entschieden, entsprechende Geräte für die



> Ronald Helmer

Funkstreifenwagen (FuStw) des Primärvollzuges der Polizeikommissariate, Wasserschutzpolizeikommissariate und der Landesbereitschaftspolizei einzuführen. Die Beschaffung dieser Geräte kann jedoch nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, aus Sicht der **DPoIG Hamburg** kann ein sinnvoller Schutz nur in der persönlichen Ausstattung (!) unserer Kolleginnen und Kollegen im Primärvollzug liegen!

Ein Zeitziel für die Einführung der Dosiswarngeräte kann noch nicht genannt werden, die beteiligten Dienststellen arbeiten gegenwärtig am Aufbau einer Infrastruktur und sondieren bei entsprechenden Herstellern (unter anderem die Firma Dräger aus Lübeck) die Beschaffungsmöglichkeiten. Die **DPoIG Hamburg** freut sich, dass es – wenn auch mit Zeitverzug – gelungen ist, den Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen weiter zu verbessern. ■





DPoIG befürchtet massive Einsparungen

Thomas Jungfer: „Keine Rolle rückwärts bei der inneren Sicherheit!“

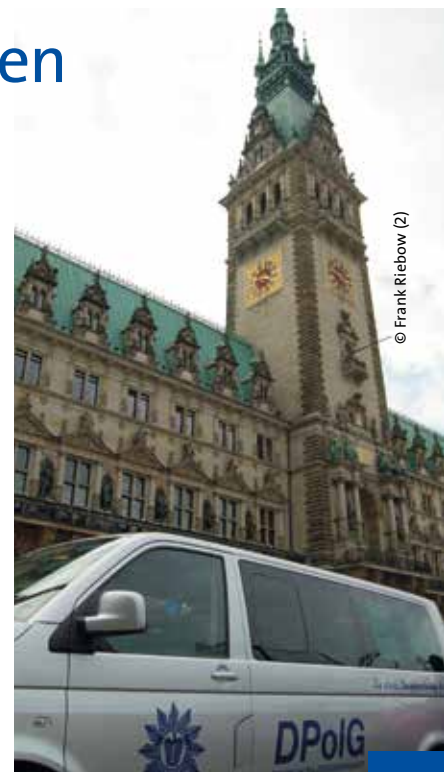
Wird der Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 ein Sparhaushalt? Hat die innere Sicherheit noch den Stellenwert und die Relevanz für den rot-grünen Senat wie in der jüngeren Vergangenheit oder haben sich die politischen Prioritäten verschoben? Mehr oder weniger offen und mehr oder weniger laut werden öffentlich Planspiele diskutiert, die massive Einsparungen auch für den Haushalt der Innenbehörde vorsehen. Die Auswirkungen für Polizei und Feuerwehr wären aus Sicht der **DPoIG Hamburg** fatal! Zur Erinnerung: Der Doppelhaushalt 2021/22 sieht Ausgaben in Höhe von etwa 35,7 Milliarden Euro vor – 18,1 Milliarden Euro im laufenden und 17,6 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Das sind vor allem wegen der Corona-Pandemie fast drei Milliarden Euro mehr als beim Doppelhaushalt 2019/20 veranschlagt wurde. Noch im Juni dieses Jahres war Innensenator Andy Grote (SPD) voll des Selbstlobes: „Auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen setzen wir unseren Kurs zur Stärkung

der inneren Sicherheit konsequent fort. Die Ausgaben meiner Behörde steigen auf 1,55 Milliarden Euro. Im Doppelhaushalt 2015/16 zu Beginn meiner Amtszeit lag das Volumen noch bei einer Milliarde Euro. Dieses Volumen stellen wir jetzt allein für den Aufgabenbereich Polizei zur Verfügung. Damit setzen wir auch ein Zeichen der Verlässlichkeit in konjunkturellen Krisenzeiten.“

➤ Soll es damit ab 2023 und den Folgejahren vorbei sein?

Die Innenbehörde will aktuell zu möglichen Einsparverpflichtungen noch nichts sagen, da sich alles noch in der internen Abstimmung befindet. Der Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, hat gegenüber NDR 90,3 bereits rote Linien gezogen und klar gestellt, dass es die **DPoIG** nicht hinnehmen wird, wenn künftig weniger Polizistinnen und Polizisten eingestellt, Beförderungen und Höhergruppierungen ausgesetzt,

Dienststellen aufgelöst oder zusammengelegt oder die Lebens- und Wochenarbeitszeit erhöht werden sollten. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben nicht zuletzt während der Hochphase der Corona-Pandemie ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt. Kürzungen und Streichungen – egal welcher Art – sind mit unserer Gewerkschaft nicht zu machen. Ein „Zurück in die Zukunft“ und somit in eine Zeit, in der aus einem SPD-geführten Innenressort ein Sparhammer der nächsten Streich- und Kürzungsorgie folgte, wird es mit der **DPoIG** nicht geben! **„Wir werden es nicht zulassen, dass die in der Vergangenheit hart erkämpften Erfolge und sozialen Verbesserungen unter dem Vorwand ‚Corona-Folgen‘ abzumildern, für unsere Kollegen zunichtegemacht oder erheblich eingeschränkt werden“, so Thomas Jungfer weiter.** Die **DPoIG Hamburg** ist in ihrer Position völlig klar, das wissen die Behördenleitung sowie die Polizeiführung sehr genau und noch viel wichtiger, darauf können sich unsere Kollegin-



© Frank Kriebow (2)

nen und Kollegen verlassen! Im „Rathaus sind die Räuber“ lautete vor vielen Jahren eine sehr öffentlichkeitswirksame und erfolgreiche Kampagne unserer Gewerkschaft. Die Kampagnenfähigkeit und Schlagkraft der **DPoIG** sind ungebrochen, – ganz im Gegenteil! Unsere Maxime war und bleibt richtig: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Der Landesvorstand



➤ Meinungsstark und Kampagnenfähig: Das ist die **DPoIG Hamburg**!



Auftakt der Tarifverhandlungen bleibt ohne Ergebnis

Zum Auftakt der Tarifverhandlungen haben die Verhandlungsführer in Berlin lautstark verdeutlicht, mit welchen Forderungen sie in die Tarifrunde gehen. „Wir liegen weit auseinander und das bei komplizierten Problemen“, kommentierten dbb und DPoIG den Verhandlungsauftritt. Der öffentliche Dienst muss wettbewerbsfähig bleiben und leistungsgerecht bezahlen! Diese Forderung ist gerade vor dem Hintergrund der besonderen Anforderungen in der Pandemie angemessen. Wenn wir

die aktuelle Inflationsrate berücksichtigen, muss das Verhandlungsergebnis sehr nahe an unserer Forderung liegen. Dennoch sind die Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten am 8. Oktober 2021 ergebnislos vertagt worden. Der Fachvorstand Tarifpolitik kritisierte insbesondere die Forderungen der TdL zur Neubewertung des Arbeitsvorganges scharf: „Wir werden nicht hinnehmen, dass die Beschäftigten die erkämpfte lineare Erhöhung am Ende selbst zu bezahlen haben.“

Die Kernpunkte der Forderungen im Überblick:

- > Erhöhung der Tabellenentgelte um fünf Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich
- > Erhöhung der Auszubildendenentgelte um 100 Euro
- > Stufengleiche Höhergruppierung
- > Laufzeit zwölf Monate
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamtinnen und Beamten
- > Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Länderbereich

> Stufengleiche Höhergruppierung

Im öffentlichen Dienst arbeiten etwa eine Million tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen, da es auch um die Übertragung auf die Beamten geht, betrifft dieser Abschluss etwa 3,5 Millionen Menschen.

Die erste Verhandlungsrunde hat klargemacht, dass wir uns gegen eine äußerst harte Verhandlungsführung behaupten müssen und das geht nur gemeinsam! ■

Zukunft nur mit uns!
#EKR21
5% mind. 150 €
dbb.de

DPoIG: „Aktive“ Mittagspause – Protest vor dem Polizeipräsidium

Sehr zufrieden zeigten sich Landesvorsitzender Thomas Jungfer, Landesstreikleiter Michael Adomat und Beate Petrou, Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung, über die Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, die dem Aufruf der DPoIG Hamburg gefolgt waren. Mehr als 50 tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen, Beamtinnen und Beamte aus der Verwaltung und dem Polizeivollzug in Uniform, protestierten am 19. Oktober in ihrer Mittagspause gegen die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die bisher kein Angebot unterbreiteten. Die Protestaktion vor dem Hamburger Polizeipräsidium hat eindrucksvoll gezeigt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Tarifforderung von dbb und DPoIG unterstützen und auch für Arbeitskampfmaßnahmen solidarisch bereitstehen. Dafür ein herzliches Dankeschön – das war ein klasse Auftakt! *Der Landesvorstand*



© Frank Riebow (4)





WSP: Zukunft selbst gestalten

Der Leiter der Wasserschutzpolizei, Olaf Frankowski, hat vor wenigen Wochen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WSP Hamburg angeschrieben und den Kolleginnen und Kollegen ein Projekt vorgestellt und nahegebracht, das ausdrücklich die Zustimmung des Fachbereiches Wasserschutzpolizei der **DPoIG Hamburg** findet.

■ Worum geht es?

Die Polizeiführung hat im Ergebnis einer Klausurtagung unter anderem die verschiedenen Organisationsbereiche der Polizei beauftragt, Organisationsstrukturen und Ablaufprozesse zu überprüfen. Diese ergebnisoffene Aufgabenkritik soll ganz konkret die polizeiliche Aufgabenerfüllung und Dienstleistung beispielsweise hinsichtlich ihrer Wichtigkeit und Effizienz hinterfragen. Was sich für manche sperrig anhören mag und fälschlicherweise als reine Sparmaßnahme deklariert werden kann, ist der aus Sicht des Fachbereiches Wasserschutzpolizei notwendige Ansatz, die WSP modern und zielgenau aufzustellen. Die Wasserschutzpolizei lebt von ihrer Fachlichkeit. Die WSP

Hamburg ist eine Spezialpolizei im besten Sinne des Wortes und erster Ansprechpartner für die Sicherheit im Hamburger Hafen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind maritime Dienstleister und die Sicherheitspartner für die Hafenvirtschaft. Dieser Anspruch muss immer die Selbstverpflichtung der Wasserschutzpolizei sein und darf niemals zu einer leeren Formel erstarren. Der Hamburger Hafen ist immer noch das ökonomische Kraftzentrum unserer Stadt und wichtigster Handelsplatz Deutschlands. Auch aus dieser Tatsache heraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Wasserschutzpolizei. Aus Sicht des Fachbereiches WSP ist es richtig, unter anderem die grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung, die Einsatzfähigkeit



© Heiko Valerius

auf der Unterelbe und die Gefahrgutüberwachung im Hamburger Hafen einer internen, an den polizeilichen Arbeitsprozessen orientierten Prüfung zu unterziehen. Wer, wenn nicht die betroffenen Kolleginnen oder Kollegen selbst, kann

diese Prozesse besser beurteilen? Deshalb möchten wir alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten, sich aktiv einzubringen und ihre Zukunft mitzugestalten.

Fachbereich WSP

> Hamburger Hafen – Wirtschaftskraft

Im Jahr 2019 hatten deutschlandweit fast 607.000 Beschäftigte einen Bezug zum Hamburger Hafen, davon sind mehr als 114.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Die hafenbezogenen Beschäftigten generierten 2019 bundesweit eine Bruttowertschöpfung von 50,8 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Doppelhaushalt des Hamburger Senats für die Jahre 2021 und 2022 umfasst ein Volumen von 35,7 Milliarden Euro.

Die HBF EK – Hausratversicherung seit 1902

Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes



Hermannstraße 46
20095 Hamburg
Telefon (040) 3360 12
Telefax (040) 280 59 606

info@hbfe.de
www.hbfe.de

Seit über 115 Jahren hilft die HBF EK ihren Mitgliedern schnell und unkompliziert – auch Ihnen, wenn Sie Ihren Hausrat bei uns gut und günstig versichert haben!

Für nur 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme inklusive Versicherungsteuer versichern wir Ihren Hausrat gegen Schäden durch Feuer, Blitzschlag, Induktion, Implosion, Einbruch- und Fahrraddiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel. So zahlen Sie z.B. für eine Versicherungssumme von 50.000 € einen Jahresbeitrag von nur 60 €. Sie finden kaum eine andere Versicherung, die da mithalten kann.

Sie sind im öffentlichen Dienst oder in ähnlichen Bereichen beschäftigt und wohnen in Hamburg und Umgebung oder in Schleswig-Holstein? Dann wechseln Sie jetzt zu uns als Ihrem Hamburger Traditionsunternehmen.

Bei unserem Geschäftsführer, Herrn Suppe, sind Sie in guten Händen. Sie erhalten ausführliche Informationen und eine freundliche und kompetente Beratung bei allen Fragen zu Ihrem Versicherungsschutz (Tel. 040 – 3360 12). Oder besuchen Sie uns im Internet unter www.hbfe.de. Schnellentschlossene finden dort auch gleich ein Antragsformular.



Schweden im Fokus der Bandenkriminalität

Kein Land der Europäischen Union erlebt mehr Morde und Tötungsdelikte durch Schusswaffen als unser nördlicher Nachbar.



© DPoIG Hamburg



© Pixabay

Was ist in Schweden los?

Ein erst vor wenigen Monaten von der schwedischen Regierung veröffentlichter Bericht zeigt, dass Schweden europäischer Spitzenreiter ist, was die tödliche Schusswaffengewalt angeht. Im Fokus stehen dabei kriminelle Banden mit starken Clanverbindungen in den Nahen Osten, die sich in den geichtslosen Vororten schwedischer Großstädte bis aufs Blut bekämpfen.

Weshalb haben die kriminellen Banden Erfolg? Drei Entwicklungen sind maßgebend. Die Siedlungspolitik aus den 1960er- und 1970er-Jahren, als man moderne Vorstädte auf die grüne Wiese setzte, weit weg von den Stadtzentren.

Des Weiteren die überaus repressive Drogenpolitik Schwedens und die sehr einseitige Ansiedlung von Flüchtlingen aus Nahost und Nordafrika – sozial und wirtschaftlich Benachteiligte. Für einige sind die kriminellen Banden Ersatz- oder Zweitfamilie und zugleich die einzige Aufstiegschance.

Warum kriegt Schweden das Problem nicht in den Griff? Hier hat sicher die Politik große Versäumnisse zu verantworten. Bei der sehr repressiven Drogenpolitik gibt es keine Öffnung für eine abgedeckte, mehrstufige, auch präventive Politik. Da sind sich die politischen Parteien einig. Auf der anderen Seite hat Schweden eine liberale Kriminalpolitik. Wer Waffen besitzt oder Anschläge verübt, ist relativ schnell wieder in Freiheit, wenn es denn zu einer Verurteilung und Haftstrafe kam.

Sind Lösungen in Sicht?

Die Politik ist sich sehr uneinig, gerade mit Blick auf die Parlamentswahlen im nächsten

Jahr. Es gibt in Schweden über 20 polizeilich auffällige Stadtteile, vor allem natürlich in den Großstädten Stockholm, Göteborg und Malmö. Die Zentrumsnähe mache jedoch einen Unterschied. So sind in den letzten Jahren in Malmö – im Gegensatz zu Stockholm und Göteborg – große Anstrengungen unternommen worden, um die Bandenkriminalität zurückzudrängen. Die meisten Schweden bekommen in ihrem Alltag von diesen Fehlentwicklungen nichts mit, weil es nicht wirklich sichtbar ist. Vor Jahren habe Schweden eine Chance verpasst. Damals kam es zu Jugendunruhen und die Politik versprach in die Stadtteile zu investieren, das ist nicht passiert. Nun habe man die Quittung bekommen: Schweden ist Spitzenreiter bei der tödlichen Gewalt mit Schusswaffen. Das ist für einen wohlhabenden Rechtsstaat inakzeptabel.

In Dänemark ist vieles anders

Dänemark als Vorbild für Schweden? Lange war die

Rocker- und Bandenkriminalität in Dänemark ein großes Problem. Aber im Gegensatz zu Schweden, wo es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kommt, hat es die Regierung in Kopenhagen in den Griff bekommen. Motorradgangs breiteten sich in den 1980er-Jahren in Dänemark und später weiter nach Südschweden aus. Es ging um Raub und Drogenhandel, immer wieder gab es Schießereien zwischen rivalisierenden Banden – mittlerweile sind unterschiedlichste kriminelle Gruppen in ganz Schweden aktiv. Ganz anders in Dänemark. Da präsentiert sich der Staat als harter und erfolgreicher Strafverfolger gegen die Organisierte Kriminalität. Tatsächlich werden Gangverbrechen in Dänemark besonders hart bestraft, und Personen, die im Verdacht stehen, Mitglied einer Bande zu sein, häufig von der Polizei kontrolliert. Ob Schweden bereit sein wird, ähnlich durchzugreifen, wird auch vom Ausgang der Wahl im nächsten Jahr abhängen. ■



SICHERHEIT WERTSCHÄTZEN!

„Wir sind Tag und Nacht für die Sicherheit der Menschen im Einsatz. Das verdient Respekt, Anerkennung und Wertschätzung – ohne Wenn und Aber.“



Mehr **#WERTSCHÄTZUNG**, **#RESPEKT** und **#ANERKENNUNG** für die Beschäftigten der Polizei Hamburg.

DPoIG 
Deinetwegen!

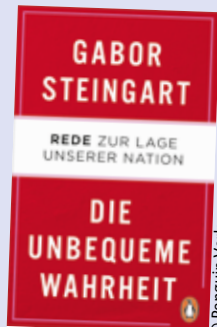


> DPoIG-Lesezeichen

„Die unbequeme Wahrheit“

Gabor Steingart, einer der prominentesten Journalisten und Sachbuchautoren Deutschlands, vielgefragter Gast in den Polittalkshows der Republik und dazu höchst erfolgreicher Podcaster mit „Steingarts Morning Briefing“, hat im vergangenen Jahr „Die unbequeme Wahrheit“ vorgelegt. Der Autor beschreibt und analysiert in seiner „Rede zur Lage unserer Nation“ – so der Untertitel – die politische, ökonomische und gesellschaftliche Lage Deutschlands. Dabei schont Steingart weder Politik noch Wirtschaft oder uns Bürgerinnen und Bürger – ganz im Gegenteil. Im Sinne Ingeborg Bachmanns „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ beleuchtet Gabor Steingart die politische und ökonomische Erstarrung unseres Landes. Nach Auffassung des Autors gefährdet dieses gesellschaftliche Zuwartan den Wohlstand heutiger sowie zukünftiger Generationen und die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates in einer Dramatik, die vielen Menschen noch nicht bewusst ist oder schlicht verdrängt wird. Dieser Verdrängungsmechanismus durchzieht die gesamte Gesellschaft mit der absurden Folge, dass Entscheider nichts entscheiden oder wie es Steingart formuliert: „Alles wird beklagt, aber nichts bekämpft“ – und weiter heißt es: „Deutschland hat keine Idee davon, in welcher Zukunft es leben möchte.“ Diese Ideenlosigkeit prägte auch auf erschreckende Weise den diesjährigen, gänzlich uninspirierten Bundestagswahlkampf. Steingart wirbt dafür, endlich aufzuwachen und den notwendigen Wandel von der Industrie- zur Digitalgesellschaft zu starten, um nicht noch weiter abgehängt zu werden. Bildung und Digitalisierung, eine Sozialstaatsreform, europäische Zusammenarbeit verstanden als Leadership und die Chancen der Globalisierung bleiben für ihn die wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung des Aufstiegs- und Wohlstandsversprechens. Steingart bleibt in seinem Buch nicht im Ungefähren, auch deshalb ist es so lesenswert.

Frank Riebow



© Penguin Verlag

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



© Pixabay



© Instagram

> Ruhestand*

Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 30. September 2021 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

POK	Bernd Köster	VD 32
PHK	Andreas Letz	PK 27
POK	Ulrich Neumann	VD 31
PHK	Horst Paulick	PK 43
POK	Hartmut Schulz	PK 44

Landeskriminalamt

POK	Andreas Laska	LKA 252
-----	---------------	---------

Landespolizeiverwaltung

Ang.	Marion Buse	LPV 13
------	-------------	--------

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

> Jahrestreffen unserer Senioren

Das Jahrestreffen der Seniorinnen und Senioren der **DPoIG Hamburg** darf endlich wieder stattfinden. Wann? Am **2. Dezember, um 14 Uhr**. Wo? In unserer Landesgeschäftsstelle – Holzdammm 18. Wichtiger Hinweis: Das Jahrestreffen ist eine **2G-Veranstaltung!** Nur geimpfte oder genesene Pensionäre dürfen teilnehmen! Wir freuen uns über viele Zusagen und bitten um telefonische Anmeldung bis zum 26. November unter Tel.: 254026-0 oder auch sehr gerne per E-Mail an dpolg@dpolg-hh.de.



© Frank Riebow

Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“

Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.

Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94